

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten eingezogen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahrespreis von:

Fr. 2. — für die Schweiz (Streuhand)
Fr. 3. — für Deutschland (Kauert)
Fr. 1.70 für Österreich (Kauert)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Streuhand).

Inserate

die dreizehnte Zeile
25 Gts. — 20 Wts.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Büch (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsanstalt
Göttingen-Büch.
Verfassungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Nr. 42.

Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel sollte man sich die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Redaktionen, in zweifelhafte Fälle eingeschrieben.

14. Oktober 1887.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Vom Parteitag der deutschen Sozialdemokratie.

Zu den bereits in voriger Nummer (auf der vierten Seite) mitgetheilten Resolutionen haben wir noch folgende nachzutragen:

„Der Parteitag stellt an die Fraktion im Reichstage das Ansuchen, ihren moralischen Einfluss bei den Herandgebern und Eigentümern von Arbeiterblättern und sonstiger auf die Arbeiterkreise berechneten Literatur in Deutschland nachdrücklich dahin geltend zu machen, daß diese Art von Literatur ihrer Aufgabe, die Arbeiterklasse aufzuklären, auch wirklich entspricht, was nicht immer der Fall ist. Insbesondere aber soll die Parteivertretung ihr Augenmerk auch darauf richten, daß der ausbeuterische und korumpirende Charakter verschiedener dieser auf die Arbeiterkreise berechneten Unternehmungen (marxistische Anpreisung von zweifelhaften literarischen Erzeugnissen, von Geheimmitteln und dergleichen, sowie die Veröffentlichung von Schmutz- und Schwindelexemplaren etc.) aufhört. Weigern sich die Herausgeber solcher Verlegerzeugnisse, den im Interesse der Arbeiterklasse ausgesprochenen Wünschen der Reichstagsfraktion nachzukommen, so soll letztere öffentlich die Arbeiter vor dem Lesen und Verbreiten solcher Literatur warnen.“

„Der Parteitag ernannt eine Kommission von drei Personen, die den Antrag erhalten, das Parteiprogramm einer Durcharbeitung zu unterziehen und den hieraus hervorgehenden Entwurf in allen seinen Theilen in der sozialistischen Presse zur Besprechung zu bringen. Zur Abstimmung soll der hieraus sich ergebende Entwurf auf dem nächsten Parteitag gelangen.“

In die Kommission wurden — wiederum einstimmig — Auer, Bebel und Liebknecht gewählt.

Die Richtung, in der sich die Wünsche der Parteigenossen hinsichtlich der Programmwandlung bewegen, deuten — wenigstens in einigen Richtungen — die Amendements zu dem obigen Antrag an. Das eine — von Berliner Genossen ausgehend — beantragte, in Erwägung zu ziehen:

„ob die vorgeschrittenen industriellen Verhältnisse Deutschlands es nicht angezeigt erscheinen lassen, den Grundriss der Produktion, Genossenschaften aus dem Programm zu streichen und an dessen Stelle die Forderung der Expropriation des Grund und Bodens, sowie der Produktionsmittel zu setzen.“

Das andere Amendement forderte den Beschluß:

„im Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands bei dem § 5 (Verbot der Kinderarbeit und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit) die Worte: „und aller die Gesundheit und Sittlichkeit schädigenden Frauenarbeit“ zu streichen.“

Beide Amendements wurden der genannten Kommission zur Behandlung überwiesen. Außerdem befürwortete Bloß die Aufnahme eines Programmpunktes, der den Interessen der landarbeitenden Bevölkerung gerecht wird.

Auf Befürwortung Hasenclever's wurde der Antrag angenommen:

„die Kommission zu beauftragen, zu dem Programm, resp. den einzelnen Punkten desselben einen leicht verständlichen Kommentar zu veröffentlichen.“

Der Parteitag spricht seine entschiedene Mißbilligung über das Verhalten der Genossen aus, welche ohne triftige Gründe der an sie ergangenen Aufforderung zur Unterzeichnung der Einberufung des Parteitages nicht nachgekommen sind; ferner spricht der Parteitag die sichere Erwartung aus, daß die Genossen diesen Persönlichkeiten eine Vertrauensstellung innerhalb der Partei nicht mehr übertragen werden.

Mit an Einstimmigkeit grenzender Majorität beschloß der Parteitag, daß diese Resolution auf die früheren Abgeordneten Sierck und Geiser anzuwenden sei.

„Das Bestreben der reaktionären Parteien in Deutschland, der Arbeiterklasse die obligatorischen Arbeitsbücher aufzuzwingen, ist auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Die Arbeitsbücher verlegen das Ehr- und Selbstgefühl der Arbeiter; sie übertragen die ökonomische Abhängigkeit der Fabel und Werkstatt auf das politische Gebiet und überliefern die Arbeiter wehrlos der Willkür und Raubgier der Arbeitgeber.“

„Zwistigkeiten, die unter Parteigenossen ausbrechen, sollen nicht durch die Presse, sondern baldmöglichst durch ein zu stiftendes Schiedsgericht zum Austrag gebracht werden.“

Dem Fraktionsvorstand zur baldigen Berücksichtigung empfohlen wurde der Antrag:

„Ein Bureau für Arbeitsnachweis zu Gunsten verfolgter und gemäßigter Genossen für Deutschland ins Leben zu rufen.“

Am Schlusse der Beratungen dankte Singer, der abwechselnd mit Hasenclever den Vorsitz geführt hatte, für die Zuflucht, die dem Parteitag in St. Gallen gewährt worden, und konstatierte,

„daß die Schweizerbürger, die den Verhandlungen des Parteitages als Gäste gefolgt waren, wiederholt ihre staunende Bewunderung darüber ausgesprochen, daß die Abhaltung des Parteitages in Deutschland unmöglich gewesen sei, trotzdem die Verhandlungen desselben einen durchaus würdigen und streng sachlichen Charakter besaßen.“

und mit einem dreifachen begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie wurde am Donnerstag, den 6. Oktober, Nachmittags 4 Uhr, der Parteitag geschlossen.

In einer Tags darauf im gleichen Lokale abgehaltenen und von gegen tausend Personen, meist Schweizerbürgern, besuchten Volksversammlung, in welcher der Präsident der Arbeiter-Union von St. Gallen, Saluz, den Vorsitz führte, wurde, nachdem Liebknecht und Auer über die Bestrebungen der Sozialdemokratie referirt, folgende, von Redakteur Th. Wirth und Advokat Scherrer in St. Gallen beantragte Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 7. Oktober dieses Jahres in dem Saale der Brauerei zu Schönenmorgen tagende, sehr zahlreich besuchte Versammlung von Schweizerbürgern erklärt die Behauptung deutscher Blätter, der sozialdemokratische Parteitag habe wie eine Verschwörungsgesellschaft mit vollständigem Ausschluß der Öffentlichkeit getagt, für eine ebenso lächerliche als niederträchtige Verleumdung, die nur zu dem Zweck erfunden wurde, um anglistischen Spießbürgern das rothe Gespenst vorzumalen und den Zweden der jetzt in Deutschland herrschenden Reaktion Vorschub zu leisten.“

Im Weiteren erklärt die Versammlung, daß der deutsche sozialistische Parteitag und dessen Versammlungen sich vollständig im Einklang mit dem Bürgerrecht und unserer verfassungsmäßig garantierten Vereins- und Versammlungsrechte befunden haben.“

Was im Großen und Ganzen über die in Bruggen gefassten Beschlüsse zu sagen ist, haben wir bereits in voriger Nummer hervorgehoben. Sie bedeuten nicht, wie sich deutsche Blätter anfänglich aus London telegraphiren ließen, ein Aufgeben der bisherigen Taktik der Partei zu Gunsten einer Politik der „rohen Gewalt“, sondern lediglich eine schärfere Betonung der prinzipiellen Gegensätze, welche die Sozialdemokratie von allen übrigen Parteien ohne Ausnahme trennen, eine schärfere Betonung des negirenden Standpunktes gegenüber der gegenwärtigen Gesetzgebungs-Maschinerie. Die Partei hat ja diese prinzipiellen Gegensätze auch bisher nie aus den Augen gelassen, aber sie hat doch gleichzeitig auch die Differenzpunkte berücksichtigt, welche die einzelnen bürgerlichen Parteien von einander trennen, und dementsprechend den Parteien, die sie, gemäß ihrer Auffassung von den geschichtlichen Entwicklungsgeboten, als ihre Vorläufer zu betrachten hatte, sowie der einschubenden Opposition gegen die jeweiligen Gewaltthäter gelegentlich ihre Unterstützung angedeihen lassen.

Niemand wird deshalb die Partei tadeln, das Gegenteil wäre einfach Doktrinarismus gewesen. Ebenso wäre es aber auch Doktrinarismus, an diesen Unterschieden festzuhalten, nachdem sich herausgestellt, daß sie, wenn auch nicht bei allen Führern — das sei unumwunden zugestanden —, so doch bei der Masse der bürgerlichen Parteien aufgehört haben, eine nennenswerthe Rolle zu spielen.

Wenn also bürgerlich-demokratische Blätter die hierhergehörigen Beschlüsse des jüngsten Parteitages als Politik des „Alles oder Nichts“ verwerfen, so haben sie erst den Beweis zu liefern, daß zwischen den beiden Extremen, außer einer Anzahl Ideologen, noch irgend etwas zur Zeit in Deutschland bestünde, das der Rede werth sei.

Je mehr sich auf der einen Seite die Gegensätze verwischen, um so schärfer müssen sie sich auf der anderen abheben. Absolut genommen, ist der Satz von der „Einen reaktionären Masse“ falsch, denn da bedeutet er eine Verneinung der geschichtlichen Entwicklung, ein Leugnen der Interessengegensätze, welche die verschiedenen Elemente trennen, aus denen sich die Klasse der Besitzenden zusammensetzt. Er läuft dann auf die triviale Weisheit hinaus, daß alle Anhänger der heutigen Eigentumsordnung — keine Sozialisten, die Besitzenden — keine Proletarier sind. Aber in gegebener Situation wird er zur unumstößlichen Wahrheit. Was sich bei den letzten Wahlen in Breslau, in Hamburg, in Königsberg, in Lübeck etc. abgespielt, ist nur eine modifizierte Wiederholung dessen, was zu Paris während der Junischlacht und unter der Kommune sich gezeigt: die Kampfesformen waren andere, das Wesen des Kampfes, die Gegensätze die gleichen. Daß diesmal das liberale Bürgerthum, ohne durch einen blutigen Kampf bedroht zu sein, mit fliegenden Fahnen ins Lager der erklärten Reaktion überließ, beweist nur, um wie viel die Verhältnisse heute in Deutschland weiter entwickelt sind, als 1848 und 1871 in Frankreich.

Das ist wenigstens die Anschauung, welche den Beschlüssen des Parteitages in Bezug auf die Wahlen und die parlamentarische Thätigkeit der Partei zu Grunde liegt, und die Zeit wird ja lehren, inwiefern sie die richtige ist oder nicht. Alles

Anderes, was dagegen die Presse in dieser Hinsicht geschrieben, ist leeres Geschwätz.

Als ein Zeichen der Zeit, und zwar unserer Ansicht nach ein durchaus erfreuliches, sind auch die Anträge auf eine schärfere Präzisierung des Parteiprogramms und namentlich das auf Streichung des Grundrisses der Produktivgenossenschaften etc. abzielende Amendement zu betrachten. Sie zeigen, daß auch das geistige Leben der Partei dem Schandgesetz nicht erlegen ist, daß auch in dieser Beziehung die unterdrückende Gewalt den Fortschritt auf die Dauer nicht aufzuhalten vermag. Als Wilhelm Bracke vor dreizehn Jahren gegen die Forderung der Produktivgenossenschaften zu Felde zog, stieß er auf die heftigste, auf die erbitterteste Opposition in den Reihen der sozialistisch gesinnten Arbeiterschaft, nur eine theoretisch geschulte Minderheit stimmte ihm damals zu — heute kommt aus Arbeiterkreisen die Anregung, sie angesichts der vorgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands fallen zu lassen. Die Ueberzeugung von dem unzulänglichen Charakter dieser „Uebergangsmäßigkeit“ hat sich trotz Verhinderung der öffentlichen Diskussion Bahn gebrochen. Die Logik der That-sachen ist stärker als alle Vorurtheile, ihre Sprache ist durch kein Knebelungsgebot zu unterdrücken.

Die Logik der That-sachen ist es auch, welche dazu treibt, die Frage der Frauenarbeit mehr im Sinne der Gleichberechtigung der Frau, als eines zwangsweisen Zurückdrängens derselben in die Sphäre der Hauswirtschaft zu behandeln. Wie die Dinge heute liegen, ist an ein solches auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung gar nicht mehr zu denken, ist vielmehr die Anerkennung der Frau als gleichberechtigte Arbeitsgenossin die einzige Möglichkeit, der Rolle der Frau als Lohnbrückerin möglichst entgegenzuwirken.

Die Resolutionen, die sich gegen Auswüchse auf dem Gebiet der Arbeiterpresse, gegen die Breittretung von Zwistigkeiten unter den Genossen in der Presse und gegen diejenigen Genossen richteten, welche ohne genügende Entschuldigung wider die Ehrenpflicht verstießen, die jedem an hervorragender Stelle Positiven obliegt — alle diese Resolutionen bedürfen keines Kommentars, sie sprechen für sich selbst.

Das Gleiche gilt von den Resolutionen, welche sich wider einzelne, bei den Wahlen hervorgetretene Mißstände richteten. Auch die Resolution, welche die heute in Deutschland betriebene Wirtschafts- und Sozialpolitik verwirft, wird ohne Weiteres allgemeine Zustimmung finden.

Die auf die anarchistischen Lehren bezügliche Resolution befaßt im Grunde nichts, was nicht schon wiederholt sozialistischerseits über dieses Thema gesagt worden. Aber es ist unseres Erachtens bisher noch nicht so zusammenfassend und zugleich so objektiv gesagt worden. Zudem gezeigt wird, was den Anarchismus vom Sozialismus unterscheidet, wird zugleich auch darauf hingewiesen, daß das, was besonders leidenschaftlich angelegte Naturen vielfach dem ersten geneigter macht — die Proklamierung der Gewaltmittel — keineswegs etwas dem Anarchismus Eigentümliches, sondern etwas sehr Altes ist. Dagegen wird durchaus nicht der Stab gebrochen über diejenigen, die, durch ein brutales Verfolgungssystem zum Aeußersten getrieben, nun zu verzweifelter Mitteln der Selbsthilfe greifen, sondern die Verantwortung dafür den geistigen Urhebern dieses Systems zugeschoben. Denn in solchen Fällen handelt es sich nicht um eine Frage der Taktik, sondern des natürlichen Rechtes, und diese ist zu allen Zeiten von allen Völkern durch den Mund ihrer Heldensagen bejahend beantwortet worden.

Alles in Allem, wer von dem Parteitag der deutschen Sozialdemokratie ein Einlenken in das anarchistische Fahrwasser erwartete, hat sich ebenso getäuscht, als wer auf Zeichen der Nachgiebigkeit gegen die herrschenden Gewalten gehofft. Kein Einlenken, aber auch keine zweifelhafte Provokation — das ist das Motto, das wir aus seinen Beschlüssen herauslesen.

Was Neues geschaffen wurde, betrifft äußere Verhältnisse, nicht das Wesen der Partei. Dieses hat sich auch diesmal intact erwiesen. Mögen Verfolgungen aller Art auf sie herabregnen, mögen alle denkbaren Verführungskünste an ihr versucht werden, die deutsche Sozialdemokratie ist und bleibt, was sie von jeher gewesen.

Das lehrt der St. Galler Parteitag.

Mögen seine Beschlüsse ihr, und durch sie der deutschen Arbeiterschaft, sowie der allgemeinen Arbeiterbewegung zum Heile gereichen!

Von unseren französischen Genossen

traf noch die folgende, an den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie gerichtete Adresse ein:

Genossen!

Die Föderation des Zentrums (Paris und Umgegend) der Arbeiterpartei begrüßt Eure, hauptsächlich „unter dem Feuer des Feindes“ bewirkte Zusammenkunft.

Mit Stolz und Bewunderung haben die französischen Sozialisten die verschiedenen Stadien Eures Kampfes gegen die dänische Despo-

Hier buftet aus jeder Zeile der Denunziant, oder wenigstens der Möchte-gerne-Denunziant, denn trotz größter Mühe, die der Patron sich gibt, bringt er es nicht zu einer wirklichen Denunziation, fintelmal zu einer solchen auch jede Möglichkeit fehlt. Es ist in Bruggen Alles zu verteufler ordnungsmäßig zugegangen, und das Zeugniß der neunzehnder Schweizerbürger, die am Tage nach Schluß des Parteitagcs einstim-
mig sich dahin ausprachen, daß derselbe „im vollen Einklang mit den verfassungsmäßig garantirten Vereins- und Versammlungsbrech“ statt-
gefunden, wiegt etwas schwerer als die Lügen, die so eine Dre-Effect-
in der Wuth darüber zum Besten gibt, daß er keines der „Bülletins“ zu Besist bekommen hat, sondern mit einem Exemplar der — 96

